

Aus Wut wird Mut

*Auszüge aus dem Referat von Nina Hager
auf der 3. Parteivorstandstagung*

Liebe Genossinnen und Genossen, vor dreieinhalb Monaten diskutierten wir auf unserer 2. Parteivorstandstagung die Aktionen des Herbstes. (...) Im vergangenen Jahr ist auch hierzulande etwas in Bewegung geraten. Und das setzt sich derzeit fort. Wenn auch die Zahl der Demonstrierenden, derer, die sich an Menschenketten und Mahnwachen beteiligten, größer sein könnte angesichts der Millionenproteste in anderen Ländern. Es hat sich in der Bundesrepublik jedoch vor allem qualitativ etwas verändert. Ganz offensichtlich hat dies etwas mit Lernprozessen zu tun. Und solche Lernprozesse müssen nicht nur in Betrieben, in Belegschaften durch Kämpfe und Vermittlung von Erfahrungen sowie vor allem Wissen weiter unterstützt und vorangetrieben werden. Und nicht nur in Betrieben sowie Gewerkschaften, sondern auch in sozialen, in der antifaschistischen, in der Friedens-, in der Frauenbewegung und in der Anti-AKW- wie der Ökologie-Bewegung.

In der gegenwärtigen Situation ist eine unsere wichtigsten Aufgaben als Kommunistinnen und Kommunisten Wissen zu vermitteln, zur Erkenntnis beizutragen, dass Veränderungen möglich sind, und Lernprozesse, d. h. Aktionen, mit zu initiieren und zu organisieren.

Zunächst bedeutet dies, in heutige Auseinandersetzungen uns aktiv und offen einzumischen, wie das die Genossinnen und Genossen der DKP in vielen Orten bereits seit Langem tun. Das heißt aber auch, dazu beizutragen, dass die Prozesse weitergeführt und die Bündnisse breiter werden, strategische Überlegungen einzubringen, und dass - auch durch unsere Arbeit - mittelfristig breite und dauerhafte Bündnisse entstehen, die für eine soziale und demokratische gesellschaftliche Alternative zu gegenwärtigen Politik kämpfen.

Dafür gibt es derzeit nicht wenige Ansätze.

Wenn dies auch jetzt nicht gelingt, dann wird genau das passieren, worauf Leo in seinem Referat auf der 2. Parteivorstandstagung vor dreieinhalb Monaten aufmerksam machte: "... dann wird es den Herrschenden leicht fallen, die Proteste in Resignation versanden zu lassen, oder mit einer 'Erneuerung' des Kapitalismus Teile der oppositionellen Kräfte auf ihre Seite zu ziehen." Das ist ein schmaler Grat - wie sich derzeit in der Atompolitik zeigt. Da versucht jetzt die Merkel-Regierung, sich durch ein dreimonatiges Moratorium Luft zu verschaffen und die Gemüter zu beruhigen.

Sie versucht die Spaltung der gewerkschaftlichen Aktionen.

Passend dazu wird mit der "Extremismusklausel", von Ministerin Schröder "Demokratieerklärung" genannt, versucht antifaschistische

Projekte und Initiativen zu spalten. (...) Auf der Straße zeigt sich die Zunahme an Aktivitäten derzeit vor allem bei den Aktionen der Anti-AKW-Bewegung und bei antifaschistischen Blockaden, Demonstrationen und Mahnwachen - nicht nur in Dresden, wo wir mit über 20 000 Antifaschistinnen und Antifaschisten unterschiedlicher Herkunft und politischer Überzeugung aus Dresden, aus anderen Bundesländern und dem Ausland den faschistischen Aufmarsch verhindern konnten.

Faschistische Ideologie ist immer auch rassistische Ideologie. Deshalb gilt es für uns auch, die am 22. März beginnende Kampagne "Abolish! Zur Abschaffung diskriminierender Gesetze gegen Flüchtlinge" zu unterstützen. Der Schwerpunkt der Aktionen ist gegen die "Residenzpflicht" und das "Asylbewerberleistungsgesetz" gerichtet.

Liebe Genossinnen und Genossen! Am 24. Februar gab es betriebliche und gewerkschaftliche Aktionen, Protestversammlungen während der Arbeitszeit oder verlängerten Pausen, um gegen Leiharbeit zu protestieren. Daran beteiligten sich im Bereich der IG Metall mit den Schwerpunkten Baden-Württemberg und Bayern mehr als 210 000 Kolleginnen und Kollegen aus 1 360 Betrieben - vorwiegend der Metall-, Elektro- und Automobilindustrie. Leiharbeit ist, wie wir alle wissen, derzeit eine der profitabelsten Vermarktungen der Ware Arbeitskraft. Gewerkschaftliche und politische Diskussionen darüber, dass nach den Herbstaktivitäten der Gewerkschaften nicht eine "Ruhephase" bis zum nächsten Herbst folgen dürfe, wurden schon vor Jahresende 2010 geführt. Ein Ergebnis davon war der bundesweite Aktionstag der IGM am 24. Februar. Aktuelles Ziel gewerkschaftlicher Kritik war dabei auch das Verfahren im Vermittlungsausschuss zwischen Bundestag und Bundesrat, das für die Hartz-IV-Opfer keine Verbesserung und ein für die SPD blamables Ergebnis brachte. Von der Forderung nach gleichem Lohn bei gleichwertiger Arbeit für Zeit- und Leiharbeitskräfte blieb nur noch der Mindestlohn für diese in gerade mal drei Branchen übrig.

Die IG BAU legte ihren Schwerpunkt mehr auf die Rente mit 67. Bauarbeiter erreichen in der Regel nicht einmal mehr die bisherigen Altersgrenzen für die Verrentung. Am 21. Februar luden Baugewerkschafter über 100 000 Unterschriften, insgesamt 4 000 Meter auf Kabeltrommeln aufgewickeltes Papier, in Berlin ab. Im Osten der Republik forderten sie mit verschiedenen Aktionen endlich den gleichen Lohn für Bauarbeiter wie im Westen des Landes.

Der DGB und einige Mitgliedsgewerkschaften orientierten ebenfalls auf den 24. Februar. Dazu gab es Materialien und Presseerklärungen.

Sich bei der Vorbereitung und Durchführung solcher Aktionen solidarisch einzubringen ist die Aufgabe aller Linken, vor allem auch der Kommunistinnen und Kommunisten. Viele Gruppen der DKP gingen deshalb am Aktionstag und in den Tagen zuvor und danach an die Öffentlichkeit. In einem UZ-Extra, das in einer Auflage von 35 000 Exemplaren erschien, wurde durch uns die Leiharbeit u. a. als moderne Sklaverei angeprangert und ihr Verbot gefordert. Ein erster Schritt muss die Durchsetzung gleicher Bezahlung von Leih- wie Stamarbeitskräften sein.

Nicht nur gegen Leih- und Zeitarbeit, gegen prekäre Beschäftigung sowie gegen die Rente mit 67, sondern auch gegen den europäischen

"Pakt für den Euro", mit dem nach Plänen von Sarkozy und Merkel die Tarifautonomie eingeschränkt, die Lohnentwicklung an die Produktivität gekoppelt und damit auch das Lohnindexierungssystem in Belgien und Luxemburg abgeschafft werden soll, gab es gewerkschaftliche Aktionen. Der DGB protestierte gemeinsam mit Gewerkschaftern aus Belgien und Luxemburg am 21. März in Berlin gegen diesen Pakt.

In den gegenwärtigen Tarifikämpfen - auf die GDL wird in der Diskussion sicher noch gesondert einzugehen sein - sind viele Kolleginnen und Kollegen kampfbereiter, mit niedrigen Abschlüssen unzufrieden und äußern dies deutlich.

Völlig unverständlich - und in den Gewerkschaften teils heftig kritisiert - ist die Beteiligung des DGB an einer Gesetzesinitiative des BdA zur faktischen Einschränkung des Streikrechts.

Die DKP lehnt jede Einschränkung des Arbeitskampfrechts in der Bundesrepublik Deutschland ab, das sowieso schon weit entfernt von einem allgemeinen Streikrecht ist. Unsere gewerkschaftlich organisierten Mitglieder werden auch weiter in ihren Gewerkschaften die Diskussion um das Thema führen, das bestimmt auch beim Gewerkschaftstag der IG Metall und beim Kongress von ver.di eine Rolle spielen wird. Initiativen wie jener der Gewerkschaftslinken stehen wir offen gegenüber wie allen, die eine konstruktive und solidarische Diskussion führen wollen.

Liebe Genossinnen und Genossen, in dieser Situation rücken jetzt die Jugendverbände der DGB-Gewerkschaften und die DGB-Jugend mit der Initiative "Wie willst du leben?" völlig zu Recht die Zukunftsthemen der jungen Generation in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung. Sie haben beim Beginn der Planungen bestimmt nicht erwartet, dass die Welt Anfang 2011 so in Bewegung gerät. Die Situation ist auch hierzulande offenbar schon lange reif für Fragen wie "Wie willst du leben?", "Welche Erwartungen hast du an die Zukunft?", "In welcher Welt willst du leben?", weil die gesellschaftlichen Widersprüche immer spürbarer werden und eben nicht nur Diskussionen um Alternativen im Bereich der Energiegewinnung und des Umweltschutzes nötig, sondern Widersprüche in vielen Bereichen aufgebrochen sind. Eine breite Debatte um eine tatsächliche gesellschaftliche Alternative ist lange überfällig.

Wäre es da nicht spannend und gut, wenn gerade jetzt unsere Gruppen vor Ort - vielleicht gemeinsam mit der SDAJ und mit Bündnispartnern - den jungen Gewerkschaftern Streitgespräche anbieten könnten? Gerade weil wir meinen, dass die Arbeiterklasse nach wie vor die entscheidende Kraft für die Veränderung der Verhältnisse ist?

Da haben wir doch ein riesiges Pfund: Die geschichtlichen Erfahrungen unserer Genossinnen und Genossen gehören dazu, die klassenmäßige Einschätzung der Entwicklungen in anderen Regionen der Welt. Und zu unserer Stärke gehört auch, dass wir aufgrund der Analyse der gegenwärtigen Entwicklungen durchaus schlüssig begründen können, warum der Kapitalismus eben nicht das Ende der Geschichte ist.

Wir sollten meines Erachtens viel aktiver und selbstbewusster für unsere in unserem Parteiprogramm formulierten Vorstellungen über

die Möglichkeiten eines Wandels zu demokratischem und sozialem Fortschritt durch Massenaktionen und für unser sozialistisches Ziel werben, das nach unserer Auffassung, "das gemeinsame Werk all der Menschen sein wird, die das Ziel einer von der Herrschaft des kapitalistischen Profitprinzips befreiten Gesellschaft verbindet, deren politische und weltanschauliche Zugänge zu diesem Ziel sich jedoch unterscheiden mögen" (*Programm der DKP*). (...)

Liebe Genossinnen und Genossen!

Uns bewegen zudem nach wie vor die Ereignisse in Japan, die bei uns im Lande zu neuen Auseinandersetzungen um die Atompolitik der Regierung im Interesse der großen Stromkonzerne und zum entschiedenen Widerstand vieler Menschen führen, die sich den Protesten der Anti-AKW-Bewegung anschließen. Heute finden Großdemonstrationen in Berlin, Hamburg, Köln und München unter der Losung "Fukushima heißt: Alle AKWs abschalten!" statt.

Aus Wut wird Mut.

(...) Unter dem Zeichen des Protestes gegen Atomwaffen und Kernkraftwerke werden jedoch auch die Ostermärsche in diesem Jahr stehen, zu deren Erfolg wir in den nächsten Tagen und Wochen mit beitragen wollen. Unterstützt deshalb die Ostermarschaufrufe wie beispielsweise den gemeinsamen Aufruf der Friedensund Anti-Atom-Bewegung aus Frankfurt a. M. zum Ostermarsch "Eine Zukunft ohne Atomwaffen und Atomkraftwerke". Sorgt für Verbreitung! Werbt für die Aktionen der Friedens- und der Anti-AKW-Bewegung! (...) Viele Jahre lang behaupteten Regierungen in aller Welt, Kernenergie sei völlig sicher. Und sie sei notwendig, weil man ansonsten den wachsenden Energiebedarf der Menschheit und vor allem der Unternehmen nicht befriedigen könne. Störfälle wurden selten bekannt, die Auswirkungen blieben meist lokal beschränkt.

Am 28. März 1979 ereignete sich jedoch ein schwerer Nuklearunfall im Kernkraftwerk bei Harrisburg, USA. Es kam zu einer partiellen Kernschmelze - und zu Protesten im Land sowie in Europa, zur Formierung einer breiteren Anti-AKW-Bewegung. Die Öffentlichkeit wurde aufmerksamer.

Die Katastrophe von Tschernobyl 1986 zeigte vielen Zweiflern, dass die Anti-AKW-Bewegung mit ihren Einschätzungen und Aktionen Recht hatte. Die Betreiber von Kernkraftwerken in den USA, in Westeuropa und der Bundesrepublik nutzten die Situation aber auch, um von Störfällen und der Unsicherheit der eigenen Atommeiler abzulenken. Bis zum heutigen Tag wird behauptet: Das war ja nur die marode Technik der Sowjets, das ist bei uns nicht möglich.

Man begann von "verbleibenden Restrisiko", das aber beherrschbar sei, zu reden. "Restrisiko"? Dieses Gerede sollte abwiegeln, tatsächliche Gefahren klein reden, davon ablenken, dass auch ein solches "Restrisiko" zu tödlichen Wirkungen führen kann und deshalb nicht zu akzeptieren ist.

Jahre später, mit der Erkenntnis, dass ein Klimawandel droht, kam die Mär hinzu, die offenbar auch Kanzlerin Merkel bevorzugt: Die CO2-freie Kernenergiegewinnung sei eine "Brückentechnologie", die in das "Ökoenergie-Zeitalter" führe. Und zwei Tage nach Erdbeben und Tsunami in Japan - als längst bekannt war, dass es zu einer nuklearen

Katastrophe kommen kann - erklärte sie noch, ganz im Sinne des Deals, den die Bundesregierung im Herbst 2010 mit den großen Energiekonzernen zur Laufzeitverlängerung deutscher AKWs geschlossen hatte: "Ich kann heute nicht erkennen, dass unsere Kernkraftwerke nicht sicher sind. Sonst müsste ich sie ja mit meinem Amtseid sofort abschalten." Nur wenige Stunden später folgte eine Kehrtwende. Die Bundesregierung lenkte ein. Scheinbar. Wohl aufgrund wachsender Empörung im Land. Viele Menschen reagieren mit Entsetzen auf die japanische Tragödie, zu der jetzt soziales Elend kommt, und sie reagieren mit Ablehnung auf die Rechtfertigung der Atomenergiepolitik durch die Bundesregierung. Deshalb und wegen der bevorstehenden Landtagswahlen, vor allem auch an diesem Wochenende in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, diese Kursänderung.

(...) Diese Bundesregierung wird ihre Atompolitik nicht ändern, wenn nicht vor allen die außerparlamentarische Bewegung massiv an Kraft gewinnt und Druck ausübt. Es geht um das Leben und die Zukunft.

Deshalb die Forderung nach sofortigem Ausstieg aus der Kernenergiegewinnung und nach Abschaltung aller AKW. Doch die Forderung allein wird aus Sicht der DKP nicht ausreichen, wenn nicht die Energiekonzerne in öffentliches Eigentum überführt und demokratisch kontrolliert werden.

Derzeit wird übrigens in einigen Kommentaren bürgerlicher Medien behauptet, dass sich mit dem GAU in Tschernobyl schon das Ende des Sowjetsozialismus angekündigt habe. Folgt man dieser Argumentation, dann kündigt sich in Japan gerade das Ende des Kapitalismus an. Zeit wäre es, denn der ist schon lange "überreif".

Die Folgen der Zerstörungen in Japan sind auch ökonomisch noch nicht absehbar. Der Ausfall vieler Produktionsstätten hat aufgrund der weltweiten Vernetzung der Produktion nicht nur für die japanische Ökonomie Bedeutung, sondern für die Weltwirtschaft insgesamt. Es kommt bereits zu ersten Produktionseinschränkungen in Europa und den USA.

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn die DKP heute für die sofortige Abschaltung der AKW im Land wie weltweit eintritt, dann müssen wir jetzt auch daran erinnern, dass dies für die Partei ein schwieriger Weg der Erkenntnis war. Noch im Mannheimer Programm der DKP von 1978 wurde die Nutzung der Kernkraft grundsätzlich bejaht. Lange Zeit galt es in unserer Partei, wie Gerd Deumlich 1993 in seinem Beitrag "Buchstäblich eine Kernfrage" für das Buch "25 Jahre DKP. Eine Geschichte ohne Ende" schrieb, als gesicherte Erkenntnis, dass die friedliche Nutzung der Kernenergie ein "starkes Stück Menschheitsfortschritt" bedeutet.

Es war in diesem Zusammenhang völlig richtig, Profitstreben anzuprangern, und das ist es noch heute. Doch Erkennbarkeit und Beherrschbarkeit von Naturprozessen fallen, wie Gerd damals völlig richtig schrieb, nicht zusammen.

Zudem folgen Technik und Technologie eben auch anderen, eigenen Gesetzen, deren Eigenständigkeit im Vergleich zu Natur- und Gesellschaftsgesetzen auch in der marxistischen Diskussion lange umstritten war. Aber ein Stromkreis brennt nun mal auch unter

sozialistischen Bedingungen durchaus nicht "vorausgeplant" durch. Und auch unter sozialistischen Bedingungen versagen Menschen manchmal in komplexen Entscheidungssituationen und unter großem Zeitdruck.

Es mussten wohl erst die Ereignisse von Tschernobyl passieren, in einem Land, von dem man - wie Gerd Deumlich schrieb - "überzeugt war, dass dort das gebändigte Atom in guten Händen ist" (*siehe ebenda, S. 102*), um solche und andere Probleme zu erkennen.

Er macht in diesem Aufsatz darauf aufmerksam, dass dann im Juni 1986 in einer EntschlieÙung des Parteivorstandes aufgrund der Auseinandersetzungen um die Ereignisse in Tschernobyl verlangt wurde, es müssten weltweit und in der BRD "verstärkte Anstrengungen unternommen werden, um auf die Energieerzeugung durch Kernspaltung als historisch begrenzte Übergangslösung so schnell wie möglich verzichten zu können". Der 9. Parteitag forderte schließlich im Jahr 1989 "den weltweiten Ausstieg, und für unser Land den sofortigen Ausstieg". Das ist die Position, die sich die Partei schwer erarbeiten musste, in der Irrtümer erkannt wurden und eine Korrektur bisheriger Vorstellungen erfolgte.

Gerd verweist darauf, dass das eine eigenständige Entscheidung der DKP war, "eine gravierende Neuerung in ihrer antimonopolistischen Politik wie in ihren Vorstellungen über den wissenschaftlich-technischen Fortschritt".

Die Erkenntnis war also: Wissenschaftlich-technische Entwicklungen sind vor allem dann nicht akzeptabel, wenn sie human nicht vertretbar sind, wenn sie die Existenz von Mensch und Natur bedrohen. - Im Kleinen wie auch im GroÙen. Das klingt heute alles selbstverständlich. War es wohl aber lange überhaupt nicht. Die Forderung in der gegenwärtigen Situation ist für uns klar: Atomwaffen abschaffen, Atomkraftwerke abschalten! Weltweit. Enteignung der Energiekonzerne, Überführung in öffentliches Eigentum bei demokratischer Kontrolle und Entscheidung.

Liebe Genossinnen und Genossen, warum bin ich auf die letzte Frage so ausführlich eingegangen? Ist uns das alles nicht schon lange bewusst? Auch dass man aus eigenen Fehlern lernen und damit offen umgehen muss, wie Lenin im "Linken Radikalismus" vor fast 91 Jahren forderte?

"Das Verhalten einer politischen Partei zu ihren Fehlern ist eines der wichtigsten und sichersten Kriterien für den Ernst einer Partei und für die tatsächliche Erfüllung ihrer Pflichten gegenüber ihrer Klasse und den werktätigen Massen. Einen Fehler offen zuzugeben, seine Ursachen aufdecken, die Umstände, die ihn hervorgerufen haben, analysieren, die Mittel zur Behebung des Fehlers sorgfältig prüfen - das ist das Merkmal einer ernsten Partei, das heißt Erfüllung ihrer Pflichten, das heißt Erziehung und Schulung der Klasse und dann auch der Masse." Ich setze hier einen Punkt. Die Kommunistinnen und Kommunisten mussten in vielen Fragen lernen und Schlussfolgerungen ziehen: So im Zusammenhang mit der Geschichte unserer Bewegung, der Einschätzung der Ursachen der Niederlage des Sozialismus, aber auch der Einschätzung der Stalinzeit. In der DKP wurde dazu schon vor 1989, aber vor allem in den letzten 20 Jahren intensiv diskutiert. Unser Parteiprogramm spiegelt diese Lehren und

Schlussfolgerungen wider. Hinter die Aussagen unseres Programms dürfen wir nicht zurückgehen. (...)

[◀ zurück](#)

[Artikel versenden](#)